

Zunzgen bleibt vorerst Zunzgen

Fusionsverhandlungen Die Oberbaselbieter Gemeinde will nicht zum Bezirkshauptort Sissach gehören

VON LUCAS HUBER

Lediglich 43 Stimmberechtigte haben sich am Mittwochabend in Zunzgen zur Gemeindeversammlung eingefunden, um über ein eigentlich wegweisendes Traktandum zu befinden: den Antrag, Fusionsverhandlungen mit der Nachbargemeinde Sissach aufzunehmen. Schliesslich sieht, wer von der Sissacher Fluh aus einen Blick hinab auf das Siedlungsgebiet am Zusammenfluss von Diegterbach und Ergolz wirft, zwei zusammengewachsene Gemeinden.

Antrag abgeschmettert

So sieht das zumindest der Antragsteller, der von Kosteneinsparungen sprach und von einem Mehrwert durch eine Fusion. Nicht aber seine Mitstimmberechtigten: Mit gerade mal zwei von den 43 möglichen Stimmen - darunter seine eigene - blitzte er deutlich ab. Natürlich ging es

um nicht mehr als die Nichterheblicherklärung des Antrags, so hatte es der Gemeinderat nämlich empfohlen.

Im Vorgang der Abstimmung hatte sich Gemeindepräsident Michael Kunz bereits in Sissach, dem möglichen Fusionspartner, umgehört. Dessen Zeichen seien allerdings mehr als deutlich: «Kein Interesse» habe es geheissen, resümierte der Gemeindepräsident. Und selbst wenn sich die Zunzger für den Antrag ausgesprochen hätten, fehlte der Gemeinde weiterhin der Verhandlungspartner.

Kunz wies ausserdem auf das neue Gemeinderegionengesetz hin, das in naher Zukunft verabschiedet werden dürfte. Es befeuert die Kooperation unter den Gemeinden und fördert die Zusammenarbeit. «Bevor wir über Fusionen diskutieren, sollten wir die Auswirkungen dieses Gesetzes abwarten.»

Damit aber nicht genug: Zwei weitere, von gleicher Stelle eingereichte Anträge

40 000

Franken könnte Zunzgen jährlich einsparen, wenn es die Steueranforderungen von natürlichen Personen durch den Kanton erledigen liesse.

standen zur Disposition - und beide wurden sie buchstäblich abgeschmettert. So wurde einerseits eine Reduktion des Gemeinderats von sieben auf fünf Mitglieder angeregt. Als überdimensioniert ist der siebenköpfige Gemeinderat im Wortlaut des Antrags umschrieben, und der Antragsteller schob nach: «Das Zunzger Modell ist ein Auslaufmodell.»

Unglücklicher Zeitpunkt

Allerdings beeindruckten die Versammlung die Vergleiche mit anderen Gemeinden wenig. Am Ende resultierten auch hier zwei Ja-Stimmen. Allein der Zeitpunkt für den Vorstoss war unglücklich gewählt, schliesslich wurde der Gesamtgemeinderat erst vor drei Wochen bis Mitte 2019 an der Urne gewählt. Gemeindepräsident Kunz konstatierte, dass ein Gemeinderat mit nur fünf Mitgliedern durchaus funktionieren könnte. Allerdings müssten die Aufgaben, die derzeit bestens

aufgeteilt seien, umverteilt und die Verwaltung stärker belastet werden.

Einen Zuspruch von immerhin drei Ja-Stimmen erhielt der dritte Antrag, bei dem es um die Übertragung der Steueranforderungen von natürlichen Personen an den Kanton ging. Über 40 000 Franken liessen sich dadurch jährlich einsparen, das bestätigte auch Gemeindepräsident Michael Kunz. Er wies aber auch darauf hin, dass die Steuererhöhung deutlich höher sei, wenn in der Gemeinde veranlagt werde. «Ausserdem ist das Steueramt in Liestal notorisch überlastet.»

Für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) fanden sich übrigens auch bei dieser Gemeindeversammlung keine Freiwilligen: Die RGPK Zunzgen bleibt eine Rumpfbehörde und das Traktandum ein Dauerbrenner mit ungewissem Ausgang. Der nächste Akt folgt dann im kommenden Juni - bei der Gesamterneuerungswahl.



Trockensteinmauern hoch über Oberdorf Derzeit arbeiten sieben Fachleute aus der ganzen Schweiz innerhalb eines Fortgeschrittenen-Kurses an Trockensteinmauern im Rebburg Dielenberg in Oberdorf. Das Fünf-Jahre-Projekt von Pro Natura Baselland und des Weinbauvereins Dielenberg befindet sich im dritten Jahr. Damit soll der Hang auf eine ökologisch sinnvolle Art gesichert werden. (BZ) FOTO: ZVG

Einwohnerrat Allschwil

Volk bestimmt über Verkauf an Bürgergemeinde

Der Allschwiler Einwohnerrat leistete mächtig Vorarbeit, bevor er am vergangenen Mittwoch zusammentrat, um über die Immobilienstrategie des Gemeinderats zu befinden. Im Vorfeld hatten sich alle Fraktionspräsidenten zusammengesetzt und gemeinsame Anträge zu der lang ersehnten Vorlage formuliert - dabei blieb keiner der gemeinderätlichen Anträge unverändert.

Die Immobilienstrategie steht im Zusammenhang mit dem Bau des Schulhauses Gartenhof. 2013 stimmte die Allschwiler Bevölkerung diesem 70-Millio-

nen-Projekt zu. In der Vorlage wurde zur Finanzierung die Veräusserung dreier gemeindeeigener Areale erwähnt, über die das Parlament nun befindet. Relativ einig waren sich Gemeinde- und Einwohnerrat beim Sturzenegger-Areal: Es soll verkauft werden - auf Antrag des Parlaments allerdings nur an die Bürgergemeinde. Diese möchte dort Wohnungen bauen. Erst darf aber das Volk über den Verkauf befinden.

Bedenken äusserte das Parlament zum Verkauf des Areals des Schulhauses Gartenstrasse und der dazugehö-

gen Turn- und Konzerthalle. Beide Gebäude gelten als schützenswert. Der Gemeinderat muss im Auftrag des Parlaments noch einmal andere Möglichkeiten für dieses Areal prüfen, etwa eine Abgabe im Baurecht oder eine Eigennutzung. Über eine Eigennutzung denkt der Gemeinderat auch bei der dritten Parzelle nach, dem Schulhaus Bettenacker. Wegen steigender Schülerzahlen befürchtet er nämlich, mittelfristig auf weitere Schulhäuser angewiesen zu sein. Dies soll vor einem Veräusserungsentscheid geprüft werden. (JUG)

GASTKOMMENTAR zur Diskussion um den Hafenausbau in Basel Nord

Es gibt noch eine fünfte Art von Ökonomen

Die Debatte um die Entwicklung des Basler Hafenterminals nimmt Fahrt auf. Die «selbständige Ökonomin» Petra Huth schreibt, drei von vier Ökonomen würden «auf Basel Nord setzen» (bz vom 11. März). Um zu dieser doch recht frivolen Aussage zu kommen, bedient sie sich eines stilistischen Tricks. Als «Kronzeugen» verweist sie auf vier fiktive Ökonomen: den «liberalen», den «linken», den «konservativen» und den «Umweltökonom». So kann sie ihren Text mit einer Fülle von Falschinformationen spicken, indem sie diese ihren imaginären Ökonomen zuweist. Das ist eine geschickte Art und Weise, Fehlinformationen unter die Leute zu bringen. Falschaussagen wie etwa jene ihres «linken Ökonomen», das von Privaten in Weil getragene Projekt könne zum Ärgernis werden, weil die öffentliche Hand nicht einfach Investitionen zugunsten international tätiger Firmen bezahlen solle. In Tat und Wahrheit ist es ja genau umgekehrt: Die Erträge aus dem Projekt Basel Nord würden dem International tätigen Unternehmen Rhenus zufließen, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Rethmann-Gruppe. Die drei Schweizer Unternehmen Swissterminal, Ultra-Brag und Danser, die in Weil eine kostengünstigere Variante planen, sind regionale Terminalbetreiber respektive Transportunternehmen, welche hier ihre Steuern bezahlen.

Gleich drei Fehlüberlegungen macht der von Huth angeführte «Umweltökonom». Mit Basel Nord würde nicht weniger Verkehrsstau entstehen, sondern mehr. Während die Laster beim Projekt Weil über Rheinfelden (A 98) fahren, würden sie ab Basel Nord über die schon heute verstopfte Osttangente weggeführt. Falsch ist auch die Aussage, dass in Basel Nord relativ mehr Güter auf die Bahn verladen würden, weil der Betreiber von Weil dies aus Kostengründen nicht priorisieren würde. Tatsache ist, dass ein zusätzlicher Umschlag auf die Bahn für die Feinverteilung vom Markt aus Kosten- und Zeitgründen gar nicht nachgefragt wird. Schliesslich ist das enge Manövrieren im Hafenbecken 3 tatsächlich ein Thema, denn es ist zeitraubend und verteuert die Abfertigung. Huth wischt diesen Umstand elegant weg, indem sie ihren «Umweltökonom» das Projekt befürworten lässt, «sofern das Manövrieren in dem engen Hafenbecken nicht noch zur Umweltfalle wird». Es erstaunt, dass dieser Umstand in der Diskussion heute nicht stär-



Hanspeter Weibel

Der Autor wohnt in Bottmingen und vertritt die SVP im Landrat.

ker beachtet wird. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich beim sogenannten Hafenprojekt in Tat und Wahrheit um ein Bahnprojekt handelt, dass dieses neue Hafenbecken aufgrund der plötzlich festgestellten fehlenden Nachfrage gar nicht mehr gebaut wird - mit der Begründung, die Schiffe könnten dort ohnehin zu wenig gut manövrieren.

Eine wüste Falschbehauptung setzt Frau Huth in die Welt, indem sie via ihren «konservativen Ökonomen» unterstellt, die Schweizer Unternehmen würden «den eigenen Standort links liegen lassen». Das entspricht nicht der Wahrheit: Swissterminal, Ultra-Brag und Danser sind Schweizer Unternehmen mit Sitz in Baselland und Basel-Stadt. Swissterminal besitzt und betreibt Terminals in Frenkendorf und Rekingen und in den Schweizerischen Rheinhäfen entsprechende Hafenterminals in Basel und Birsfelden. Der wegfallende Basler Terminal soll künftig durch den Standort Weil ersetzt werden.

Huths Gastkommentar nimmt vordergründig unterschiedliche ökonomische Denkweisen auf die Schippe. In Tat und Wahrheit unterstützt er aber das Narrativ von SBB Cargo, Rhenus und Hupac - drei Staatsunternehmen, die sich um Bundessubventionen bewerben und erfolgreiche private Anbieter aus dem Markt drängen wollen. Neben den von Huth beschriebenen vier Arten von Ökonomen gibt es eben noch eine weitere: jene Sorte, die sich relativ offensichtlich vor den Karren einer Kampagne spannen lässt.